



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute, am 27. Januar, gedenken wir den Opfern des Nationalsozialismus. In diesem Jahr wird besonders an die Opfer der „Euthanasie“ im nationalsozialistischen Deutschland erinnert.

„Die Barbarei der Sprache ist die Barbarei des Geistes“, sagte der Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert in seiner gleichermaßen auf-rüttelnden und berührenden Ansprache.

Ein gemeinsames Erinnern an das, was wir Menschen Opfern und ihren Angehörigen zuge-

fügt haben, kann uns da-vor bewahren, neues Un-heil geschehen zu lassen. Auch hier und heute sind wir eifrig dabei, in wertvol-leres und weniger wertvol-leres, in lebenswertes und nichtlebenswertes Leben zu unterscheiden, von der Empfängnis eines Men-schen bis zu seinem Tode. Ich kann nur empfehlen, die heutige Gedenkfeier im Bundestag in der Media-thek des Bundestages an-zuschauen. Ich werde es noch einmal machen.

Am Dienstag nahm ich am Trauergottesdienst für den verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog teil. In den Berliner

Dom kamen viele Trauern-de, um noch einmal unse-ren verstorbenen Bundes-präsidenten als wunderba-ren, inspirierenden, klar denkenden Menschen und Politiker zu würdigen, der mit seinem Humor sich selbst und auch seine Mit-menschen etwas von der „Leichtigkeit des Seins“ ver-mittelte und trotz oder gera-de wegen der Schwere von verantwortungsvollem Le-ben zum Lachen brachte.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,

Ihr

Sauen holt Gold bei „Unser Dorf hat Zukunft“

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat 2016 zum 25. Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ aufgerufen und 33 Finalisten aus den 2400 beteiligten Dörfern gekürt.

Am Freitag, den 27. Januar, findet der Festakt zum Bundeswettbewerb statt, bei dem die Siegerdörfer mit Gold, Silber und Bronze ausgezeichnet werden. Eines der kleinsten Dörfer

im Wettbewerb ist Sauen (Gemeinde Rietz-Neuendorf). Der Ort mit 93 Einwohnern kann sich nun über Gold freuen.

Ich gratulierte dem Ortsvorsteher Hartmut Kurz zu der Auszeichnung: „Es ist ein Zeichen der Ermutigung und des Ansporns für alle im Ort, in der Region, im Lande, für die eigene Heimat etwas zu tun. Denn nur so kann solch ein Ergebnis gelin-

gen und dadurch – davon bin ich überzeugt – wächst wirklich nachhaltige Verbindung zur angestammten oder gewählten Heimat. Heimat, die für unser Leben in der rasant sich wandelnden Welt wie ein Anker ist. Ich bin sehr dankbar und stolz, dass in meinem Wahlkreis so tüchtige, engagierte und erfolgreiche Menschen leben und dieses Handeln Öffentlichkeit erfährt.

Mehr Angebote für junge Flüchtlinge

Die Beratungsangebote für junge Flüchtlinge werden deutlich verbessert. Wegen der großen Nachfrage und der guten Erfahrungen an den 24 Modellstandorten wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Beratung auf alle über 450 Standorte der Jugendmigrationsdienste ausdehnen.

In den bisher 16 Monaten Laufzeit sind an den Modellstandorten über 3.600 jun-

ge Menschen betreut worden. Die Hauptherkunftsländer sind Afghanistan, Syrien und Irak. Der Schwerpunkt der Begleitung lag auf der Stabilisierung der persönlichen Situation sowie bei der Unterstützung beim Zugang zu Sprachförderangeboten und der Aufnahme einer Beschäftigung. Die Jugendmigrationsdienste beraten und begleiten 12- bis 27-jährige Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrer schulischen, beruflichen, sozialen und sprachlichen In-

tegration mit Schwerpunkt am Übergang Schule-Beruf. Sie kooperieren dabei mit verschiedenen Stellen und Personen, die für die Integration relevant sind, darunter vor allem mit Eltern, Schulen, Sprachkursträgern, Jobcentern und Betrieben. 2016 wurden bundesweit insgesamt 100.000 junge Menschen beraten und begleitet. Das Bundesfamilienministerium stellt für diese Aufgabe über 50 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Endlich Einigung beim Unterhaltsvorschuss

Bund und Länder haben sich endlich über die Finanzierung des Unterhaltsvorschusses geeinigt. So beteiligen sich der Bund künftig mit 40 Prozent und die Bundesländer mit 60 Prozent an den Kosten. Damit steht der Ausweitung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) und somit einer spürbaren Verbesserung der Alleinerziehenden nichts mehr im Wege. Seit zwei Jahren hat sich die CDU/CSU-Fraktion für

dieses wichtige Thema eingesetzt. Nach langen und mühsamen Verhandlungen bin ich wirklich froh darüber, dass die notwendige Verbesserung für Alleinerziehende ab dem 1. Juli 2017 endlich umgesetzt wird.

Im neuen Unterhaltsvorschussgesetz wird die derzeitige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten aufgeboben und die Höchstaltersgrenze von derzeit 12 Jahren auf das vollendete 18. Lebens-

jahr heraufgesetzt. Von der Reform werden ca. 121.000 Kinder zusätzlich profitieren. Insgesamt können dann rund 560.000 Kinder Leistungen nach dem UVG beziehen. Durch die Reform steigen die Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss um jährlich 350 Millionen Euro. Demgegenüber stehen Einsparungen beim SGB II von fast 250 Millionen Euro. Rund 80 Millionen davon entfallen auf die Kommunen.

Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis



Am Mittwoch hatte ich Schüler aus dem Bernhardinum Gymnasium aus Fürstenwalde zu Gast.

Es macht mir immer wieder Spaß und Freude, in interessante Diskussionen mit jungen Leuten zu treten und ihre Sicht der Dinge zu erfahren.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Oleksii Kysliak

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439

martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)

Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37

martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Brand übernimmt Vorsitz der AG Menschenrechte

Mein Kollege Michael Brand wurde mit großer Mehrheit (98,14%) in dieser Woche zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion gewählt. Seit 2014 stand Michael Brand an der Spitze des Menschenrechtsausschusses. Nunmehr ist er Sprecher unserer

Fraktion für Menschenrechte.

Ich bin fest überzeugt, dass seine Ernennung größere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme bezüglich der Menschenrechte in unserer Fraktion haben wird.

Denn die AG braucht nach dem Rücktritt von Erika Steinbach einen neuen Aufwind. Ich wün-

sche meinem Bundestagskollegen Michael Brand alles Gute für die neuen Aufgaben und freue mich auf weitere Zusammenarbeit. Den Vorsitz des Menschenrechtsausschusses hat nun der von mir geschätzte Prof. Dr. Matthias Zimmer übernommen.

künftiger Bundespräsident stellt sich vor



Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat sich der CDU/CSU-Fraktion als gemeinsamen Kandidaten der Großen Koalition für das Amt des Bundespräsidenten vorgestellt.

Mich bewegte die Frage,

die ich ihm auch persönlich stellte, wie es ihm wohl gelingen werde, als engagierter SPD-Politiker Parteipolitik künftig „außen vor“ zu lassen. Er hoffe es gelinge ihm, lautete seine ehrliche Antwort. Ich

denke, wir haben einen guten sowie würdigen und geeigneten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten.

Am 12. Februar 2017 findet die Wahl des neuen Bundespräsidenten statt.

Geschichtsmesse in Suhl



Am Samstag (21.01.) war ich Gast bei der 10. Geschichtsmesse der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl. Mit

den anderen Gästen durfte ich darüber nachdenken, dass Aufarbeitung ein „Erinnern für die Zukunft“ ist. Aufarbeitung darf nicht bedeuten, sich

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann (Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg), Marcus Meckel (Ratsvorsitzender Bundesstiftung Aufarbeitung), Dr. Babette Winter (Staatssekretärin für Kultur und Europa des Freistaats Thüringen), Marcus Kiesel (Moderator).
v.l.n.r.

hinter Ritualen zu verstecken, sondern muss sich produktiv mit der Frage auseinandersetzen: Was haben wir wirklich gelernt?